

Buchbesprechungen

Weichert, Ronald: Probleme des Risikokapitalmarktes in der Bundesrepublik. Ursachen, Auswirkungen, Lösungsmöglichkeiten (Kieler Studien 213). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. XIII, 265 S. Brosch. DM 59,- / Ln. DM 79,-.

Das in der Reihe der Kieler Studien erschienene Buch setzt sich mit der Struktur und den Funktionsschwächen des Risikokapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die häufig konstatierte mangelnde Funktionsfähigkeit der Märkte für Risikokapital. Weicherts Ziel ist der Nachweis, „daß Unternehmen bei der Beschaffung von Risikokapital auf Hindernisse stoßen, weil steuerrechtliche Regelungen Risikokapital diskriminieren und weil es gravierende Störungen auf dem Kapitalmarkt gibt“ (S. 2). Neben der Aufarbeitung der vielfältigen Ursachen dieser Schwächen versucht Weichert eine Abschätzung der Auswirkungen des Risikokapitalmangels auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen und behandelt schließlich eine ganze Reihe von Vorschlägen, die das Ziel verfolgen, „die Diskriminierung des Beteiligungskapitals zu beseitigen und die Effizienz des gesamten Kapitalmarktes zu steigern“ (S. 231).

Das Buch ist in vier Abschnitte, eine Zusammenfassung und einen Anhang über die Struktur der Risikokapitalmärkte in den Vereinigten Staaten gegliedert. Der erste Abschnitt beinhaltet nach der Problemstellung eine Abgrenzung des Risikokapitalbegriffs. Risikokapital wird als Haftungskapital definiert, das aus den residualen Unternehmenserträgen bedient wird, ohne daß damit zwingend eine Teilhabe an den Unternehmensentscheidungen verbunden sein muß. Wagniskapital (venture capital) ist wegen der besonderen Risiken des zu finanzierenden Unternehmensvermögens darüber hinaus durch eine hohe Varianz der Kapitalverzinsung gekennzeichnet.

Im zweiten Abschnitt wird nach einer Funktionsbeschreibung eine kurze Darstellung wichtiger Kapitalmarktinstitutionen gegeben. Weichert weist dabei noch einmal darauf hin, daß sich sowohl Kapitalbeteiligungs- als auch Wagnisfinanzierungsgesellschaften als spezielle Institutionen für die Bereitstellung von Risikokapital nicht auf dem Markt durchsetzen konnten und führt als Gründe für diese Ineffektivität die „Kreditsachbearbeiter-Mentalität“, die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung der Beteiligungsverträge, die daraus folgende Konzentration schlechter Risiken, die staatlich vorgeschriebene Beschränkung auf Gewinnbeteiligungen und die fehlende Einräumung von Mitspracherechten für die Kapitalgeber auf. Neben den institutionellen untersucht Weichert die quantitativen Bestimmungsfaktoren des Kapitalangebots und der Kapitalnachfrage. Ökonometrische Tests von Investitionsfunktionen stützen die These, daß die Finanzierungsbedingungen die Anpassungen des Kapitalstocks z. T. erheblich behindern.

Der dritte Abschnitt ist auf die Herausarbeitung der Ursachen für die Funktionsschwächen des Risikokapitalmarktes gerichtet, indem insbesondere die staatlichen Rahmenbedingungen (Steuerrecht, Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht) für die Unternehmensfinanzierung untersucht werden. Daß das Steuerrecht das Risikokapital im Vergleich zur risikofreien Anlage diskriminiert, zeigt sich in verschiedenartigen Tatbeständen:

- An den Steuerbefreiungen von Kapitallebensversicherungen und selbstgenutztem Wohnungseigentum;
- an der differenzierten Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Privatvermögen und aus dem Verkauf von Betriebsvermögen;
- an der Benachteiligung der gewerblichen Tätigkeit gegenüber freiberuflicher Tätigkeit durch die Gewerbesteuer;
- an der Doppelbelastung der Kapitalgesellschaften durch die Vermögensteuer;
- an der Behinderung des Sekundärmarktes für Risikokapital durch die Kapitalverkehrssteuern.

Die steuerlichen Diskriminierungen führen zu vergleichsweise überhöhten Kapitalkosten für Beteiligungskapital mit der Folge, daß es zu Verzerrungen zwischen den Wirtschaftssektoren und innerhalb der Investitionen je nach deren Risikograd kommt.

Die Analyse des Gesellschafts- und Kapitalmarktrechts konzentriert sich auf den Aktienmarkt, weil nur dieser die Funktion eines Risikokapitalmarktes erfüllen kann. Dem Handel von Kommandit- und GmbH-Anteilen sind gesetzliche Schranken gesetzt, die den Sekundärmarkt behindern. Wenn trotzdem die Anzahl der börsennotierten Aktiengesellschaften erstaunlich gering ist, so liegt dies einerseits an der starren Organstruktur und Aufgabenverteilung, an der Mitbestimmungsregelung und an der generellen Prüfungs- und Publizitätspflicht der Aktiengesellschaft. Andererseits wird auf die Zugangshemmnisse zum Aktienmarkt (Mindestnennwert, börsenbegleitendes Kreditinstitut, Emissionsprospekt) hingewiesen.

Der vierte Abschnitt setzt sich mit den Reformvorschlägen für den Risikokapitalmarkt auseinander, die darauf hinwirken sollen, daß die Diskriminierung des Beteiligungskapitals beseitigt und die Effizienz des gesamten Kapitalmarktes gesteigert wird. Weichert diskutiert mögliche Maßnahmen im Bereich des Steuer-, Gesellschafts- und Kapitalmarktrechts. In bezug auf das Steuerrecht wird u. a. der Abbau bzw. die ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer, die Abschaffung der Kapitalverkehrssteuern, die Aufhebung der Doppelbesteuerung bei der Vermögensteuer und die Gleichbehandlung aller Einkünfte aus Kapitalanlagen gefordert. Die Änderung des Kapitalmarktrechts soll auf den Ausbau des Sekundärmarktes zur Gewährleistung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes gerichtet sein, was für einen Verzicht auf die Nachhaftung beim Verkauf von Kommanditanteilen und für die notarielle Beurkundung bei der Veräußerung von GmbH-Anteilen spricht. Die Reform des Gesellschaftsrechts zur Belegung des Risikokapitalmarktes zielt beispielsweise auf die Öffnung der Börse für die sogenannte „kleine“ AG, die geringere Anforderungen bei der Börsenzulassung erfüllen muß. Die Öffnung der Börse für alle Kapitalgesellschaften erfordert eine Änderung des Emissionsverfahrens und bewirkt eine wachsende Konkurrenz unter den Emissionshäusern. Die Reformvorschläge zielen schließlich auf Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Kapitalbeteiligungs- und Wagnisfinanzierungsgesellschaften, um auch auf diese Weise das Angebot an Risikokapital zu erhöhen.

Weicherts Studie zeichnet sich durch einen gut durchdachten Aufbau aus, in dem die Ursachen, Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten der Probleme des Risikokapitalmarktes in der Bundesrepublik behandelt werden. Die Fülle der anzusprechenden Gesichtspunkte hat zur Folge, daß einige Argumente, Hypothesen und Vorschläge nicht in ihrer ganzen Tiefe ausgelotet werden können, hat aber den Vorteil, daß der Leser den Überblick über die Gesamtproblematik nicht verliert. Auch sind im Rahmen einer solchen Studie die Querbezüge und möglichen Sekundäreffekte der ver-

schiedenen Reformvorschläge kaum auszuloten. Das Buch vermittelt so mehr Überblick und Anregung als ausgefeilte Reformalternativen. Es zeigt aber deutlich auf, daß nur der Einsatz mehrerer verschiedenartiger Hebel die derzeitigen Mängel des Marktes für Risikokapital beheben kann, und stellt somit einen anregenden und lesenswerten Beitrag zur Entwicklung des Risikokapitalmarktes in der Bundesrepublik dar.

B. Rudolph, Frankfurt a. M.

Kirkpatrick, Grant: *Employment, Growth, and Economic Policy. An Econometric Model of Germany* (Kieler Studien 214). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. 221 S. Brosch. DM 60,- / Ln. DM 80,-.

Der Titel der Arbeit von Kirkpatrick kennzeichnet sein Interesse an aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen: Wie sind die Vorschläge zur Lösung des Problems hoher Arbeitslosigkeit und relativ niedriger Wachstumsraten zu beurteilen? Darüber hinaus charakterisiert der Titel gleichzeitig das Forschungsprogramm des Autors. Er führt an, daß die Vertreter verschiedener Strategien einander gegenseitig wegen methodischer Schwächen kritisieren, die auf unterschiedliche Zeithorizonte der jeweiligen Modellierungsansätze zurückgehen: keynesianischen Vorschlägen wird häufig vorgeworfen, daß sie langfristige Wirkungen vernachlässigen, neoklassisch fundierte Therapien werden kritisiert, weil sie sich auf die Analyse langfristiger partieller Gleichgewichte beschränken. Kirkpatrick setzt sich das Ziel, sowohl die langfristigen Wirkungen von Wirtschaftspolitik als auch Ungleichgewichte und dynamische Anpassungsprozesse *gleichzeitig* zu berücksichtigen.

Kirkpatrick stellt die unterschiedlichen Modellierungsansätze an Extremfällen dar. Dabei kommen allerdings nach Ansicht des Rezensenten die vielfältigen Bemühungen zu kurz, Lücken zu schließen. Das gilt vor allem für Ansätze zur Weiterentwicklung ökonomischer Modelle, z. B. zur Berücksichtigung von gleichungsübergreifenden Nebenbedingungen, Angebotsaspekten, Ungleichgewichten, Erwartungen und langfristigen Nebenbedingungen. Kirkpatrick argumentiert, daß theoretische Modelle als Wachstumsmodelle nur an endgültigen Gleichgewichtspositionen interessiert sind, während ökonomische Modelle als Stabilisierungsmodelle langfristige Aspekte nur unvollständig einbeziehen. Theoretische Modelle sind wegen der Grenzen qualitativer Analyseverfahren sehr klein, deswegen übervereinfachend und besitzen nur beschränkte Dynamik. Makroökonomische Modelle berücksichtigen zu wenig das Erfordernis logischer Konsistenz und entsprechen deshalb theoretisch hergeleiteten Modellen nicht, dies wird an häufig unplausiblen langfristigen Lösungen und zweifelhaften dynamischen Eigenschaften deutlich. Aus dieser Beurteilung zieht Kirkpatrick den Schluß, sich für seine Analyse beschäftigungspolitischer Maßnahmen eines mit 22 Gleichungen (davon 16 stochastischen) relativ kleinen, aber dennoch nicht übervereinfachenden, makroökonomischen Modells zu bedienen, das zyklische Aspekte und Wachstumsaspekte integriert, wohldefinierte theoretische Eigenschaften besitzt und – durch FIML Schätzung – gleichungsübergreifende Nebenbedingungen vollständig berücksichtigt. Letzteres ist nicht unproblematisch. Wird nämlich fälschlicherweise eine in der Realität nicht bestehende Restriktion berücksichtigt, ist das Modell fehlspezifiziert. Die Nichtberücksichtigung einer bestehenden Restriktion hingegen resultiert lediglich in ineffizienten Parameterschätzwerten.

Grundlegend für das Verständnis von Untersuchungsgegenstand und -methode Kirkpatricks erscheint seine Argumentation bezüglich des Ziels, das mit der Schätzung verfolgt wird. Anstelle der verbreiteten „Philosophie“, mit verschiedenen Spezi-

fikationen zu experimentieren, um diejenige zu finden, die die beste Anpassung an die Empirie liefert, sieht Kirkpatrick in der Modellschätzung eine Methode, einem Gedankengebäude quantitative Form zu geben, um seine Implikationen besser zu verstehen. Die Vorstellung, daß ein wahres Modell existiere, bezeichnet er als eher hinderlich. Diese Position löst mit leichter Hand, aber ohne überzeugende Begründung, ein Dilemma, das der Leser schon immer als unbehaglich empfunden hat. So stichhaltig nämlich das Argument ist, daß die Qualität ökonomischer Daten und ökonometrischer Verfahren so ist, daß sie zur Diskriminierung zwischen konkurrierenden Theorien nicht ausreichen, so richtig bleibt auch, daß ein Modell ein adäquates Abbild der Realität sein muß, sollen daraus gehaltvolle wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen abgeleitet werden.

Wesentlich für Kirkpatricks Modell sind die Behandlung von Dynamik und Ungleichgewichten. Die Dynamik ergibt sich aus der – sehr einfachen – Vorstellung, daß die Wachstumsrate einer Variablen proportional zum Verhältnis von gewünschtem und tatsächlichem Niveau dieser Variablen ist, nur die der Investitionsfunktion besitzt eine kompliziertere Gestalt.

Entsprechend neoklassischen (statischen Gleichgewichts-)Vorstellungen hängen in Kirkpatricks Modell die gewünschten Niveaus von Output, Beschäftigung und Investitionen von realen Faktorpreisen ab. Weil die gewünschten Niveaus nicht sofort erreicht werden können, befinden sich die Märkte im allgemeinen im Ungleichgewicht. Ungleichgewichts-Transaktionen werden in Kirkpatricks Modell nicht mit Rationierungsansätzen beschrieben, sondern als Interaktionen von Beständen und Strömen. Preisanpassungen wirken in Richtung auf ein Gleichgewicht. Statt eines Wechsels der Marktseite stehen in Kirkpatricks Modell dynamische Anpassungsprozesse.

Der Abschnitt, in dem Kirkpatrick die Gleichungen seines Modells herleitet, ist sehr knapp gehalten, aber mit ausführlichen Hinweisen auf die Literatur versehen. Dabei werden eine Vielzahl von Problemen angerissen, die hier einen Kommentar verdienen, wenn der Platz dazu ausreichte. Zustimmung kann man dem Autor, daß er in stärkerem Maße als in ökonometrischen Modellen üblich theoretische Ansätze zu integrieren versucht hat.

Die Benutzerfreundlichkeit dieses Teils wird dadurch beeinträchtigt, daß das Buch vom Schreibmaschinenmanuskript gedruckt wurde, so daß nur ein begrenzter Vorrat an Symbolen zur Verfügung stand und auf Hoch- und Tiefstellungen verzichtet wurde. Technische Probleme – sie betreffen die Datenbasis, die Linearisierung, Diskretisierung und Schätzung sowie die Gleichgewichtslösung des Systems – werden neben einer umfangreichen Tabelle im Anhang dargestellt; das erleichtert es, sich bei der Lektüre auf inhaltliche Aspekte zu konzentrieren. Ein Anhang über Probleme, die sich aus der Berücksichtigung rationaler Erwartungen ergeben, ist nicht eigentlich technischer Art und wäre besser im Text untergebracht gewesen.

Das theoretische Modell wird für konstante Wachstumsraten der exogenen Variablen nach den Wachstumsraten und Niveaus der endogenen Variablen analytisch gelöst. Die Anwendung dieses Verfahrens zur Evaluierung ökonometrischer Modelle ist ungewöhnlich. Seine Vorteile werden aber von Kirkpatrick anschaulich demonstriert: Nicht nur kann daraus ein Satz von gleichungsübergreifenden Nebenbedingungen abgeleitet werden, unter denen das Modell später geschätzt wird, die Ergebnisse lassen sich auch für wirtschaftspolitische Fragen anwenden. So wird gezeigt, daß ein Rückgang der Energiepreise sich je nach Parameterkonstellation nach Richtung und Größe unterschiedlich auf Beschäftigung und Wachstum auswirkt: eine Warnung vor den eindeutigen Ergebnissen einfacherer Modelle.

Analytische Methoden stoßen schon bei relativ kleinen Modellen auf Grenzen. Um empirische Simulationstechniken anzuwenden, müssen die Parameter geschätzt werden. Wie immer bei der Konstruktion von ökonomischen Modellen muß Kirkpatrick einige Modifikationen vornehmen, z.B. um Multikollinearität zu reduzieren, Grenzen der Datenverarbeitungskapazitäten nicht zu überschreiten und die Komplexität des Systems zu begrenzen. Der Schätzzeitraum des Modells reicht bis 1983; diese veraltete Datenbasis beeinträchtigt sicher die Aktualität der Schlußfolgerungen, auch wenn der Autor betont, es gehe ihm nur darum, plausible Parameterwerte für ein theoretisches Modell zu finden.

Das Modell wird in verschiedenen Versionen – mit und ohne steady state Restriktionen sowie jeweils mit und ohne die Nebenbedingung konstanter Skalenerträge – geschätzt. Auf diese Weise wird versucht, einen Eindruck von der Unsicherheit bezüglich der Modellspezifikation zu gewinnen. Bei der Beurteilung der einzelnen Schätzergebnisse spielt deren Plausibilität eine größere Rolle als Teststatistiken. Als sehr hilfreich erweist sich dabei aus Sicht des Rezensenten, daß alle Parameter des Modells ökonomische Interpretationen besitzen (die in einer Tabelle aufgelistet sind). Dieses Konzept kann auch ohne weiteres auf größere ökonomische Modelle übertragen werden, die für langfristige Analysen geeignet sein sollen.

Die Analysen, über die Kirkpatrick im zweiten Teil seines Buches berichtet, sind auf wirtschaftspolitische Fragen ausgerichtet. Zunächst wird an Hand der Eigenwerte einer linearisierten Version die Stabilität des Systems untersucht. Mit den partiellen Ableitungen der Eigenwerte kann analysiert werden, wie die dynamischen Eigenschaften des Modells von den Parameterwerten abhängen.

Mit dieser Methode geht Kirkpatrick z. B. der Frage nach, ob die Wirtschaftspolitik stabilisierend wirkt. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Ausgaben- und Einnahmepolitik sowie Wechselkursinterventionen in die Richtung gewirkt haben, daß das System nach einem Schock mit geringeren Abweichungen und in kürzerer Zeit zum Gleichgewicht zurückzukehren vermag. Eine aktive Anti-Inflationspolitik beeinflusst die Stabilität des Gesamtsystems nicht wesentlich, das liegt an der langen Verzögerung, mit der die Inflation auf den Zinssatz wirkt und an dessen geringem Einfluß auf die Ausgaben.

Die Eigenwerte informieren nur über die asymptotischen Stabilitätseigenschaften des Gesamtsystems. Bei wirtschaftspolitischen Analysen interessieren aber vor allem die dynamischen Zeitpfade einzelner zentraler Variablen. Diese analysiert Kirkpatrick mit Hilfe numerischer Simulationen, die allerdings strenggenommen keine allgemein gültigen Ergebnisse liefern.

Die Simulations„philosophie“ von Kirkpatrick entspricht der bei der Schätzung: sein Ziel ist es nicht, bedingte Prognosen zu erstellen, sondern mit Hilfe quantitativer Techniken qualitative Eigenschaften des Modells zu untersuchen.

Das Modell, das zur Simulation benutzt wird, wird gegenüber dem geschätzten Modell so modifiziert, daß es stabil ist. Die Begründung ist, daß das letztere durchschnittliches Verhalten während der Schätzperiode repräsentiere, dies war durch Instabilität gekennzeichnet. Das könne aber nicht projiziert werden, da Systeme lernfähig seien. Eine solche Argumentation ist einleuchtend, stellt aber – wenn Aussagen gemacht werden sollen, die in irgendeiner Weise zukunftsgerichtet sind – Kirkpatrick's Ansatz in Frage. Erforderlich wäre dann nämlich, diesen Lernprozeß explizit zu modellieren.

Kirkpatrick führt eine Reihe von Simulationsexperimenten vor. Im ersten Experiment werden die Wirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik, im zweiten die fal-

lender Ölpreise und im dritten die einer expansiven Fiskalpolitik untersucht. In einem vierten Experiment werden Lohn- und Fiskalpolitik kombiniert, um die Vorschläge für eine „two-handed-policy“ abzubilden. In jedem Fall werden die Wirkungen auf die langfristigen Gleichgewichtswerte und auf die kurz- und mittelfristigen Pfade betrachtet. Für die Ergebnisse der Experimente bietet Kirkpatrick Erklärungen an, indem er wichtige Wirkungsmechanismen aufzeigt. In einem interdependenten dynamischen Modell können dies aber nur Hypothesen sein. Der Leser ist durch die vollständige Dokumentation des Modells in die Lage versetzt, diese zu überprüfen und weitere Wirkungsketten zu identifizieren.

Die Simulationsexperimente liefern eine Vielzahl interessanter Hinweise für die Beurteilung wirtschaftspolitischer Empfehlungen; die Grenzen der Aussagefähigkeit sind aus dem vorhergehenden deutlich geworden. Von Bedeutung erscheint z.B. die geringe Elastizität der Gleichgewichtswerte der Beschäftigung in bezug auf den Reallohn von $-0,08$, wenn alle Interdependenzen des Systems berücksichtigt werden, gegenüber einer hohen Elastizität von $-0,88$, wenn nur die direkte Beziehung zwischen den beiden Variablen betrachtet wird. Dies macht den partialanalytischen Charakter der üblichen neoklassischen Modelle deutlich.

Bei den Simulationsexperimenten wird dem Postulat Rechnung getragen, daß Interaktionen zwischen exogenen Variablen und Parametern eines Modells sorgfältig zu berücksichtigen sind. So wird bei der Untersuchung eines Rückgangs der Ölpreise eine Verhaltensasymmetrie berücksichtigt: es wird angenommen, daß dies nicht zu energiebrauchendem technologischen Wandel führt. Allerdings hätte z.B. auch der Einfluß auf das weltweite Wachstum untersucht und berücksichtigt werden müssen.

Bei allen Politiksimulationen zeigt sich, wie bereits bei der Analyse der Stabilitätseigenschaften, daß die Parameter, die die Entwicklung von Zins- und Lohnsatz, die Faktornachfrage und den Wechselkurs bestimmen, von besonders großer Bedeutung für die Ergebnisse sind. Damit wird deutlich, daß diese besonders sorgfältig untersucht werden müssen, aber auch, daß ihre Beeinflussung Gegenstand wirtschaftspolitischer Überlegung sein muß. Damit stellt sich aber die Frage, ob die Reaktionsfunktionen, die die Wirtschaftspolitik beschreiben, unabänderliche Gesetzmäßigkeiten abbilden, oder ob nicht in gemeinsamen koordinierten Aktionen aller wirtschaftspolitischen Instanzen auch andere Reaktionsweisen vorstellbar sind.

Die Arbeit von Kirkpatrick liefert eine Vielzahl von Anregungen für den an aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen Interessierten und für den Modellbauer. Vor allem stellt sie eine eindringliche Warnung vor Politikempfehlungen dar, die auf einfachen Modellen – seien sie formalisiert oder nicht – beruhen.

J. Blazejczak, Berlin

Pethig, R. / Schlieper, U. (Hrsg.): *Efficiency, Institutions, and Economic Policy.* Springer, Berlin u. a. 1987. 225 S. DM 75,-

Mit diesem Sammelband, der aus einer Konferenz im Juni 1986 an der Universität Mannheim entstanden ist, verfolgen Pethig und Schlieper das Ziel, das Problem von Effizienz und unterschiedlichen institutionellen Arrangements in der Politik aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Der Sammelband enthält 7 Beiträge, wobei zu jedem Beitrag die Stellungnahme des offiziellen Diskutanten beigefügt ist.

Im ersten Beitrag greift *Streit* eine These von Olson auf, die sich mit der institutionellen Sklerose in modernen Wohlfahrtsstaaten befaßt. Streit führt aus, daß angesichts der starken Umverteilungsbestrebungen von Regierungen in demokratischen

Staaten einzelne Interessengruppen versuchen, spezielle Vorteile zu erhalten (rent-seeking activity). Der Autor führt weiterhin aus, daß durch diese Umverteilungsbestrebungen die Abgaben- und Steuerbelastung von Bürgern und Firmen immer stärker wächst und dadurch selbstkorrigierende Mechanismen (wie das Entstehen einer Schattenwirtschaft) in Gang kommen. Ob durch diese selbstkorrigierenden Mechanismen die institutionelle Sklerose überwunden werden kann, wird von Streit stark bezweifelt.

Im nächsten Beitrag befaßt sich *Schlieper* mit dem Problem, welche Anreize Regierungen und wichtige Interessengruppen (z.B. Gewerkschaften) haben, makroökonomische Stabilitätspolitik zu betreiben bzw. zu ihr beizutragen. Schlieper zeigt in seinem Beitrag, daß die Regierung dem Streben einzelner Gruppen nach spezifischen Vorteilen (z.B. höhere Löhne, die durch aggressives Gewerkschaftsverhalten durchgesetzt werden) kurzfristig durch eine entsprechende Politik nachgibt, daraus aber langfristig für die Gesellschaft als Ganzes Nachteile bestehen. Im nächsten Beitrag beschäftigt sich *Wickström* mit der Frage vom Wachstum des Staates und dem Einfluß von Interessengruppen. Wickström greift hier auf die Idee zurück, daß eine starke Konkurrenz unter den bedeutenden Interessengruppen darin besteht, einen möglichst großen Anteil von staatlichen Zuwendungen (Subventionen und andere Unterstützungen) zu erhalten. Wickström kann in seinem formalen Beitrag zeigen, daß eine Interessengruppe um so mehr von staatlichen Aktivitäten erhalten kann, je größer ihre Lobbying-Aktivitäten sind und daß auch der Nettobenefit aus den verschiedenen Lobbying-Aktivitäten um so größer ist, je einflußreicher diese Interessengruppe ist.

Mit Hilfe des Public-Choice-Ansatzes untersuchen *Breyer* und *von Schulenburg* das Problem der Krankenversicherung und einer sich ändernden Familienstruktur in Demokratien westlicher Struktur. Breyer und Schulenburg zeigen in diesem recht interessanten und analytisch gekonnt geschriebenen Beitrag auf, daß die Bereitschaft, die staatliche Krankenversicherung über die Generationen hinweg zu finanzieren, stark schrumpft, wenn es immer weniger Familien mit Kindern gibt, die dann immer stärkere Krankenversicherungslasten für die Pflege der älteren Bevölkerung zu tragen haben.

Im nächsten Beitrag setzt sich *Witt* mit der Demsetz-Hypothese des Entstehens von „Property Rights“ auseinander. Der Aussage von Demsetz zufolge lohnt es sich, private oder staatliche Eigentumsrechte zu internalisieren, wenn sich Rahmenbedingungen ändern, so daß jetzt die Gewinne von der Internalisierung dieser Eigentumsrechte deren Kosten übersteigen. Witt kritisiert an dem Ansatz von Demsetz zu Recht, daß nicht ausgeführt wird, wann in einer derartigen Situation die Nutzen aus der Inanspruchnahme von Eigentumsrechten deren Kosten übersteigen und welche institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit dies geschieht. *Rowley* und *Brough* unternehmen in ihrem Beitrag eine Analyse über die Effizienz des Eigentums-, Vertrags- und Schadenersatzrechts. Rowley und Brough können aufzeigen, daß die amerikanischen Institutionen im Hinblick auf das Eigentums- und Vertragsrecht in dem Sinn ökonomisch effizient gestaltet sind, daß die Rechtssprechung in diesen Institutionen ohne größere Transaktionskosten durchgesetzt werden kann. Für das Schadenersatzrecht kommen sie zur umgekehrten Schlußfolgerung und unterbreiten institutionelle Verbesserungsvorschläge. Einen Effizienzvergleich verschiedener institutioneller Regelungen im Bereich des Arbeitsmarktes unternehmen *Monissen* und *Wenger*. Sie argumentieren, daß die Mitbestimmung der Arbeiterschaft die Effizienz in dem Sinn steigern kann, daß die Kosten des Informationsaustausches zwischen Arbeitern und Management verringert werden. Allerdings sei die Mitbestimmung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird, dazu nicht geeignet. Die Autoren entwickeln dann eigene Vorschläge, wie das Arbeitsrecht gestaltet werden

kann, so daß sowohl Arbeiter als auch Manager effiziente Arbeitsverträge haben, in denen ein Streik- und Mitbestimmungsrecht nicht mehr notwendig ist.

Die letzten beiden Beiträge von *Pethig* sowie von *Güth* und *Hellwig* beschäftigen sich mit dem Problem des Trittbrettfahrens und der Bereitstellung öffentlicher Güter. *Pethig* setzt sich mit der Fragestellung auseinander, inwieweit öffentliche Güter von privaten Gruppen bereitgestellt und welche Maßnahmen entwickelt werden können, daß die einzelnen Gruppenmitgliedern zu diesen öffentlichen Gütern beitragen und nicht Trittbrett fahren. *Güth* und *Hellwig* setzen sich mit der Frage auseinander, welche Verfahren zur Bereitstellung öffentlicher Güter entwickelt werden könnten, die verhindern, daß einzelne Konsumenten nicht zur Finanzierung beitragen.

Insgesamt stellt dieser Sammelband von Schlieper und Pethig eine ausgezeichnete Sammlung von Beiträgen zu Fragen der institutionellen Ökonomie bei. Jeder dieser Beiträge behandelt eine wichtige und zentrale ökonomische Fragestellung, und die Autoren versuchen, alternative institutionelle Arrangements in ihre Analyse einzubeziehen. Daher ist dieser Sammelband für jeden Leser, der sich mit volkswirtschaftlichen Problemen in repräsentativen Demokratien beschäftigen will, ein sehr wertvolles Nachschlagewerk. Darüber hinaus vermittelt das Werk eine Fülle von Anregungen für zukünftige Forschungen über relevante wirtschaftspolitische Fragestellungen.

F. Schneider, Linz

Reheis, Fritz: Konkurrenz und Gleichgewicht als Fundamente von Gesellschaft. Interdisziplinäre Untersuchung zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigma (Sozialwissenschaftliche Schriften, Heft 13). Duncker & Humblot, Berlin 1986. XII, 401 S. DM 58,-

Zwei zentrale Ziele bestimmen die vorliegende Untersuchung: Zum einen will der Autor anhand einiger ausgewählter Theorien (der ökonomischen Gleichgewichtstheorie, der politologischen Theorien von Schumpeter und Fraenkel sowie der soziologischen Theorien von Dahrendorf und Gerhardt) zeigen, daß es in den Sozialwissenschaften eine relativ geschlossene gemeinsame Grundvorstellung gibt, die er als „Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma“ bezeichnet. Zum anderen wird die Frage erörtert, ob auch dieses Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma nicht früher oder später durch eine andere herrschende Vorstellung abgelöst wird, ob es also zu einem „Paradigmenwechsel“ im Sinne von Thomas Kuhns „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ kommt.

Die (der Verfasser sagt: eine) ökonomische Theorie wird am Beispiel von Samuelsons Standardlehrbuch exemplifiziert. Nach der Analyse von Reheis „... sind die Subjekte des ökonomischen Handelns bei Samuelson lediglich als Entscheidungsträger konzipiert, die sowohl Individuen als auch Kollektive sein können“ (S. 16). Deshalb sind auch die miteinander konkurrierenden Gruppen nichts anderes als Entscheidungsträger, und demzufolge erzwingt der Gegensatz zwischen dem grenzenlosen Streben nach Bedürfnisbefriedigung und der Begrenztheit der verfügbaren Mittel sowohl auf der Ebene des Individuums als auch zwischen den Individuen und zwischen dessen Gruppen permanente Konkurrenz- und Gleichgewichts-Bildungen.

Konkurrenz und Gleichgewicht als wesentliche Elemente von Demokratie auf der Ebene der Individuen (Schumpeter) und der Ebene der Gruppen (Fraenkel) bestimmen die von Reheis dargestellten politologischen Varianten. Das ist, besonders im Falle von Schumpeter, freilich alles andere als überraschend, da jener selbst als Ökonom bewußt seine Vorstellung von Demokratie als *Methode* auf der Konzeption des

politischen Prozesses als eines Marktsubstitutes aufbaut. Die soziologischen Theorien von Uta Gerhardt (Ebene der Individuen) und Ralf Dahrendorf (Ebene der Gruppen) bilden das letzte Überprüfungsbeispiel. Bei der von Dahrendorf analysierten Konkurrenz zwischen Gruppen geht es im Grunde stets um die Teilhabe an der Herrschaft innerhalb der verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen, also nicht bloß um staatliche Herrschaft, sondern auch um Herrschaft in der Familie, im Betrieb, im Verband. Dabei ist das Gleichgewicht zwischen den Gruppen Resultat der vorausgehenden Konkurrenz- und Gleichgewichtsbildung zwischen den Individuen, die im Zentrum von Uta Gerhardts rollentheoretischem Ansatz steht. Weitere Anwendungsfelder für das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma findet Fritz Reheis auch in verschiedenen Metatheorien, insbesondere in Robert Mertons wissenschaftssoziologischem Ansatz und im kritischen Rationalismus (Popper, Spinner) sowie der aus ihm selbst hervorgegangenen Kritik an dieser Denkrichtung (Feyerabend).

Der folgende Teil B der Arbeit ist dem Nachweis gewidmet, „daß es sich bei diesen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien um gedankliche Gebilde handelt, die von sehr ähnlichen Denkvoraussetzungen ausgehen und auch zu sehr ähnlichen Denkschlußfolgerungen kommen“ (S. 62). Der anschließende Teil C dient der Begründung, warum diese Art der Theoriebildung auch unter geistesgeschichtlichen Gesichtspunkten Kontinuität aufweist und daher als eine mehr oder minder einheitliche Tradition aufgefaßt werden kann. Diese Überprüfung unter synchronem und diachronem Blickwinkel soll zeigen, daß die dargelegten, immer auf Konkurrenz und Gleichgewicht basierenden Theorien ein hinreichend einheitliches Paradigma im Sinne von Thomas Kuhn darstellen. Bei der im großen und ganzen richtigen Wiedergabe der ökonomischen Theorie (in der Lehrbuchvariante von Samuelson) übersieht der Verfasser allerdings Wesentliches: Seine Kritik, bei diesem Ansatz werde der volkswirtschaftliche Gesamtnutzen (allgemeine Wohlfahrt, volkswirtschaftliche Kosten) nicht thematisiert (vgl. S. 65), ist insofern unzutreffend, als es sich dabei um die vereinfachte Variante der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts handelt, die ja durchaus – wenn auch unter höchst restriktiven Voraussetzungen – Aussagen über die Existenz von Gleichgewichtspreisen, die Gleichheit von privater und sozialer Ertragsrate und über die Pareto-Optimalität von Konkurrenzgleichgewichten macht. Hier hat sich der – philosophische – Verfasser von der vereinfachten Lehrbuchversion von Samuelson etwas „aufs Glatteis“ führen lassen. Überzogen erscheint auch die Aussage, daß *allein das konsumierende Individuum* Art, Umfang und Verteilung der volkswirtschaftlichen Produktion bestimmt; neben den Präferenzen der individuellen Entscheidungsträger sind hierbei auch die technologischen Bedingungen sowie die Anfangsausstattungen der Individuen zu berücksichtigen. Eine sinnvolle Kritik der ökonomischen Theorie hätte hier darin bestanden, darauf hinzuweisen, daß Technologie und Anfangsausstattungen dort nicht erklärt werden; daß sie aber überhaupt keine Rolle spielen, das behauptet die ökonomische Theorie schon seit längerer Zeit nicht mehr.

Die Untersuchung des diachronen Aspektes in Teil C gibt interessante Überlegungen zur Entstehung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas in den drei Anwendungsfeldern (Ökonomie, Politikwissenschaft, Soziologie) und in den Metatheorien. Als wesentliche Entwicklungsphasen werden dabei die Aufklärung, der (klassische) Liberalismus und die „Klassik“ (gemeint ist die Zeit zwischen 1850 und 1910) unterschieden. Dabei zeigt sich deutlich, wie stark die „individualistische Tradition“ in der Soziologie und in der Politikwissenschaft durch den klassischen ökonomischen Liberalismus von Adam Smith beeinflusst ist. Ältere wichtige Grundlagen sind insbesondere die klassische Gleichgewichtsmechanik, die bereits René Descartes auch für philosophische Betrachtungen bemüht. Richtig erkennt der Verfasser auch, daß die Ersetzung des Konkurrenz- und Gleichgewichts-Paradigmas als Handlungs- und

Zukunftsmodell völlig neue Formen menschlicher Interaktion verlangen würde, „und zwar zu allererst die Abschaffung der Warenwirtschaft und ihrer zentralen Errungenschaft, des Geldes“ (S. 189). Demzufolge dürfte ein Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Teil D der Arbeit unternimmt nun eine Kritik des Paradigmas als Erklärungsmodell. Zentral wird ihm Unüberprüfbarkeit und damit eine „Verschleierung der Wirklichkeit“ vorgeworfen. Das mag wohl für das gesamte „Paradigma“ richtig sein, hindert aber nicht, daß die ökonomische Theorie auf der Grundlage dieser Annahmen recht erfolgreiche ökonometrische Überprüfungsversuche unternimmt. Was dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma (ich glaube: notwendigerweise) an globaler Überprüfbarkeit fehlt, wird doch weitgehend durch die praktische Nützlichkeit darauf aufbauender Anwendungen wettgemacht. Das ist für einen Philosophen wie den Verfasser der Arbeit vermutlich – anders als für den rezensierenden Ökonomen – kein akzeptabler Standpunkt. Sicherlich ist richtig, daß die einzelwissenschaftliche Exaktheit dieses Ansatzes mit der Unexaktheit des Annahmeapparates erkaufte ist (vgl. S. 213), jedoch ist zu fragen, wie anders soziale Theorien aufgebaut werden können. Konkurrierende Ansätze kollektiver oder institutionalistischer Ausrichtung sind bisher im allgemeinen über eine – oft hilfreiche – Deskription ihres Untersuchungsgegenstandes kaum hinausgekommen.

Selbstverständlich enthält das (ökonomische) Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma eine Vielzahl von in der Realität nicht erfüllten, also „kontrafaktischen“, aber gleichwohl hilfreichen Annahmen. Daß z.B. Präferenzen als gegeben angenommen werden, heißt noch nicht, daß sie als unabhängig betrachtet werden, wie der Verfasser anzunehmen scheint (vgl. S. 219ff.), sondern nur, daß sie im Rahmen der ökonomischen Analyse nicht erklärt werden. Im übrigen haben sich verschiedene Autoren in den letzten 20 Jahren auch mit der Bildung von Präferenzen befaßt, und die in jüngster Zeit entstehenden Ansätze zur Präzisierung einer „evolutionistischen“ Ökonomik könnten der immer wieder auftauchenden Kritik an dem mechanischen Gleichgewichtskonzept der traditionellen sozialwissenschaftlichen Theorie einigen Wind aus den Segeln nehmen. Teil E untersucht schließlich die Problematik des konstruierten Paradigmas als Handlungsmodell. Reheis kommt hierbei zu dem erwarteten Ergebnis, daß ein Paradigmenwechsel nicht in Sicht ist, aber auch nicht (logisch) ausgeschlossen werden kann.

Die vom Verfasser sehr sorgfältig synchron und diachron entwickelte Identität eines „Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas“ in den (individualistisch orientierten) Sozialwissenschaften erscheint mir kaum überraschend. Gerade bei den Anwendungsbeispielen läßt sich eine Vielzahl direkter und indirekter Einflüsse aus der liberalen ökonomischen Theorie seit Adam Smith nachweisen. Das größere Verdienst dieser Arbeit besteht m.E. vor allem darin, daß anhand verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorien und Metatheorien sehr deutlich gemacht wird, wie die formale Brillanz von Erklärungsansätzen, die auf dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma beruhen, doch erkaufte ist mit schwerwiegenden Vereinfachungen in den zugrundeliegenden Annahmen. Ob dieser Preis zu hoch ist, vermag ich nicht abschließend zu entscheiden; solange keine überzeugenden, grundsätzlich neuen sozialwissenschaftlichen Ansätze (für deren Entwicklung eine liberale Gesellschaft auch materielle Ressourcen bereitzustellen hätte!) verfügbar sind, würde ich diese Frage jedenfalls vorläufig verneinen.

H. G. Nutzinger, Kassel

Werner, Josua (Hrsg.): Beiträge zur Innovationspolitik (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 169). Duncker & Humblot, Berlin 1987. 82 S. DM 35,-.

Die ordnungspolitische Diskussion über die staatliche Förderung technologischer Innovationen im privaten Sektor bewegt sich zwischen zwei Grundpositionen: der Hayekschen These vom wettbewerblichen Marktprozeß als dem besten der bisher bekannten Verfahren zur Entdeckung und zum Testen von Neuerungen und Problemlösungen und der These von Unvollkommenheiten der Marktwirtschaft in ihrer allokativen Funktionsweise. Diese Diskussion hat der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in vier Tagungsbeiträgen zur Innovationspolitik weitergeführt.

Der Beitrag „Marktwirtschaft und Innovation – Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Innovationsförderung“ von *Peter Oberender*, zu dem ein Korreferat von Erhard Kantzenbach vorliegt, markiert die eine ordnungspolitische Position. Es wird zunächst das allgemeine Muster des Marktprozesses vorgestellt, der durch die wechselseitige Beeinflussung der Triebkräfte Arbitrage, Akkumulation und Innovation gesteuert ist. Nach Oberenders These sorgt der freie Marktprozeß für eine Ausgewogenheit dieser Kräfte. Dann werden die wichtigsten in der Literatur behandelten Determinanten unternehmerischer Innovationsaktivität innerhalb eines Marktsystems dargelegt. Daraus werden Schlußfolgerungen für die staatliche Innovationsförderung gezogen: Sie soll sich auf die Schaffung innovationsfreundlicher, marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen beschränken, wobei unternehmerische Freiheitsspielräume und Gewinnchancen vergrößert werden müßten.

Im Korreferat verweist *Kantzenbach* zutreffend auf theoretische Schwächen und empirische Informationslücken bei der Ausgangstheze von *Oberender* über die Interdependenz von Arbitrage, Akkumulation und Innovation. Ferner wird mit überzeugenden Argumenten für eine besser abgewogene Beurteilung der staatlichen direkten bzw. indirekten Innovationsförderung plädiert, die unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips jeweils genau begründen müßte, in welchen Bereichen private Forschung und Entwicklung welche Mängel aufweisen. Daß die von *Oberender* – zusammen mit anderen Maßnahmen – angeregte Reduktion einzelner arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen, durch die das unternehmerische Gewinnpotential für Innovationen erhöht werden könnte, in der Sicht von *Kantzenbach* nicht weniger bedeutet „als die Demontage des Sozialstaates in der Bundesrepublik“ (S. 34), ist eine überzeugene Kritik.

Mit einem Hauptgebiet staatlicher Innovationsförderung befaßt sich der ausführliche Beitrag von *Hans-Rudolf Peters* „Selektive Innovationspolitik im Rahmen sektoraler Strukturpolitik“. Es werden die Konzeption und verschiedene Elemente der selektiven Innovationsförderung für die gewerbliche Wirtschaft behandelt. Diese staatliche Innovationspolitik wird als Kern der selektiven Strukturpolitik interpretiert. Wegen der offensichtlich strukturkonservierenden Schlagseite der traditionellen sektoralen Strukturpolitik konnte sich eine spezielle Innovationspolitik entwickeln, die konzeptionell zwar als Teil der Forschungs- und Technologiepolitik primär strukturpolitischen Zielen dienen soll, „praktisch führt die Technologiepolitik aber längst ein Eigenleben mit vielfach anderen Zielsetzungen und spezifischem Instrumentarium“ (S. 46). Zugleich verweist *Peters* zutreffend auf viele Schwächen im theoretischen Begründungszusammenhang, in den empirischen Kenntnissen und in der Implementation der selektiven Innovationspolitik. Seine Schlußfolgerungen sind, in erster Linie ein innovationsfreundliches Klima hauptsächlich mittels indirekter Mittel zu schaffen und die heute so umfangreiche selektive Innovationspolitik auf eng definierte Ausnahmefälle – über die leider zu wenig gesagt wird – zurückzuschrauben.

In dem Beitrag „Förderung der Bildung von Risikokapital vs. selektiver Innovationsförderung“ beschreibt *Hellmuth Stefan Seidenfus* zunächst unter Verwendung von Beispielen aus dem Verkehrssektor, wie die Förderungspolitik nach 1976 eine deutliche Gewichtsverschiebung hin zu mehr indirekten Maßnahmen erhielt. Ferner befaßt er sich mit Argumenten gegen einen völligen Verzicht auf direkte Innovationsförderung. Ein wichtiger Gedanke des Beitrages ist, darauf aufmerksam zu machen, die öffentliche Innovationspolitik in Form indirekter Forschungsförderung so weiter zu entwickeln, daß als notwendiges Komplement die Förderung der Bildung von haftendem Risikokapital berücksichtigt wird. Dieser konstruktive Gedanke ist allerdings nur ansatzweise entwickelt. Insgesamt geben die Tagungsbeiträge einen guten Einblick in bis heute andauernde ordnungspolitische Kontroversen zur staatlichen Technologieförderung in der Wettbewerbswirtschaft und enthalten Kritik und einige Lösungsvorschläge zum Ziel-Mittel-System der staatlichen Technologiepolitik.

R. Clapham, Siegen

Witt, Ulrich: Individualistische Grundlagen der evolutorischen Ökonomik. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. XII, 209 S. DM 88,-.

In jüngerer Zeit sind sowohl im amerikanischen wie auch im deutschen Sprachraum Bemühungen um einen evolutionstheoretischen Ansatz in der ökonomischen Theorie zu verzeichnen, etwa verbunden mit den Namen Georgescu-Roegen, Nelson / Winter oder Röpke. Die vorliegende Arbeit von Witt teilt mit den bisherigen Versuchen auf diesem Theoriegebiet die generelle Kritik an der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, daß die dort als exogene Daten gesetzten Größen einer endogenen Veränderung unterliegen und darum einer ökonomischen Analyse grundsätzlich zugänglich sein müßten. Bedeutsam ist v. a. der Präferenzenwandel im wirtschaftlichen Entwicklungsverlauf sowie das Hervorbringen und Anwenden von innovativen Techniken.

Zum ersten Male wird in der Wittschen Arbeit der Versuch unternommen, die Aufgabenstellung einer evolutorischen Ökonomik präzise zu fassen. In dem ersten von insgesamt 4 Kapiteln wird die methodologische Position abgeklärt, von der aus in den nachfolgenden Teilen des Buches sowohl konkurrierende Theorieansätze kritisch betrachtet werden, als auch der eigene Ansatz entwickelt wird. Von einer evolutorischen Theorie fordert Witt, daß sie

- eine in der Zeit ablaufende Entwicklung zum Gegenstand macht,
- von der Irreversibilität ökonomischer Entwicklungsmuster grundsätzlich ausgeht,
- „erklärt, wie es zu Neuerungen in den untersuchten Entwicklungen kommt und welche allgemeinen Einflüsse sie haben, d.h. sie formuliert Hypothesen über das zeitliche Verhalten von Systemen, in denen Neuerungen auftreten und sich ausbreiten.“ (S. 9)

Die dritte und zugleich wichtigste Forderung an eine evolutorische Theorie wird von Witt nachfolgend näher qualifiziert und gegen mißverständliche Interpretationen abgesichert. Es geht ihm nicht um die etwa in der partialanalytischen Innovationsliteratur häufig zu lesende Forderung, Innovationen oder den technischen Fortschritt zu endogenisieren. Innovationen wären keine echten Neuerungen, wenn sie in ihren Formen oder dem Zeitpunkt ihres Auftretens ex ante bekannt wären. Das Grundproblem evolutorischer Theorien besteht Witt zufolge darin, daß sie einerseits zwar nomologische Aussagen treffen müssen – sonst müßte der Theorieanspruch zurückgezogen werden – andererseits aber von offenen Ereignisräumen auszugehen haben. Darum

können sie Neuerungen nicht positiv beschreiben; denn sonst wäre nicht Evolution sondern bestenfalls Dynamik Gegenstand der Theorie. Witt greift hier den von Hayek gemachten Vorschlag auf, daß eine evolutorische Theorie Aussagen über das Nicht-eintreten von möglichen Ereignissen zu treffen hat, d.h. nur auszuschließende Entwicklungen anstatt der konkreten Ergebnisse der Evolution prognostizieren kann.

Witt bekennt sich als methodologischer Individualist und verfolgt in seiner Arbeit eine verhaltenswissenschaftliche Orientierung. Theorien über einzelwirtschaftliches Verhalten wie etwa Konsum- oder Technikwahl sind an ihrem empirischen Gehalt zu messen, nicht an ihrem heuristischen oder praxeologischen Wert. Sie müssen sich darum einer empirischen Überprüfung stellen und im Falle ihrer Falsifikation Anlaß zur Suche nach besseren Erklärungen geben. Mit diesem Theorieverständnis liegt Witt auf einer Linie mit Albert und dessen Forderung, die ökonomische Theorie auf dem Wege eines interdisziplinären Diskurses mit verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnissen aus Psychologie und Sozialpsychologie anzureichern.

Das Wittsche Anliegen besteht im weiteren darin, nach realitätsgerechten Theorien einzelwirtschaftlichen Verhaltens zu suchen, wobei das Aufspüren von neuen Handlungsmöglichkeiten und deren Umsetzen in Innovationsleistungen von besonderem theoretischen Interesse sind. Dabei geht es Witt weniger um technische Innovationsleistungen im Schumpeterschen Sinne, sondern um eine Erklärung alltäglichen Neuerungsverhaltens, wie es z.B. bei Nachfragern zu beobachten ist, die Informationsaktivitäten entfalten, um neue Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung ausfindig zu machen.

Nach der bereits besprochenen wissenschaftstheoretischen Einführung in die evolutionsökonomische Thematik im ersten Kapitel werden im zweiten Kapitel einige dogmengeschichtliche Beiträge zur evolutorischen Ökonomik behandelt und mit den zuvor entworfenen Theorienormen konfrontiert. Diese Vorgehensweise darf als gelungen bezeichnet werden. Inhaltlich berücksichtigt Witt v. a. (1) österreichische und neu-österreichische Beiträge in der v. Mises-Tradition, (2) organisationstheoretische Analogien zum biologischen Evolutionsmodell in der von Winter und Nelson / Winter verfolgten Weise und (3) das von Friedman in die ökonomische Theorie eingeführte Konzept der „natürlichen Auslese“. Schumpeters Innovationstheorie wird ausführlicher besprochen. Am Rande wird dabei auch auf neoklassische Innovationsmodelle, die zu Unrecht die Bezeichnung „schumpeterianisch“ führen, kritisch eingegangen. Die Auswahl der evolutionsökonomischen Beiträge ist vermutlich danach erfolgt, ob die von Witt geforderte verhaltenswissenschaftliche Orientierung zumindest in Ansätzen erkennbar ist. Dadurch entfallen einige wichtige Beiträge (Hayek wird z.B. nur am Rande besprochen), aber die Darstellung bleibt auf diese Weise geschlossen und übersichtlich.

Im 3. und 4. Kapitel versucht Witt seine Forderung nach einer verhaltenswissenschaftlichen Fundierung der evolutorischen Ökonomik einzulösen. Im 3. Kapitel wird eine Grundlagendiskussion verhaltenswissenschaftlicher Aspekte ökonomischen Handelns geleistet, während im 4. Kapitel der Zusammenhang von individuellem Verhalten und ökonomischer Evolution betrachtet wird. Dabei ist Witt mit einem grundsätzlichen Problem eines interdisziplinären Diskurses zwischen Ökonomie und Verhaltenstheorie konfrontiert. Konkret besteht es in den Fragen:

- (1) In welche Elementareinheiten, für die realitätsgerechte Erklärungen angestrebt werden, soll individuelles Verhalten sinnvollerweise zerlegt werden?
- (2) Wie ist die verhaltensrelevante Umwelt aus ökonomischer Perspektive zu strukturieren?

Bei der Beantwortung beider Fragen ist zu bedenken, daß sich ein spezifisch nationalökonomischer Zugang zur Erklärung einzelwirtschaftlichen Verhaltens erst ergibt, wenn nach den Rückkopplungen zwischen Verhaltensänderungen und Marktsignalen gefragt wird. Wie die Wittschen Ausführungen noch einmal demonstrieren, liegt trotz aller berechtigter Einwände gegen das neoklassische Handlungsmodell und seine Informations- und Nutzenmaximierungsannahmen dessen Vorzug immer noch darin, daß es einzelwirtschaftliches Verhalten in einem Koordinationszusammenhang zu thematisieren vermag. Wenn das allgemeine Gleichgewicht als Inbegriff marktwirtschaftlicher Koordination aufgegeben wird und damit auch die exogene Setzung von Präferenzen und Technologien als zwingendes Modellerfordernis entfällt, ginge es in einer evolutorischen Ökonomik nach wie vor um eine Erklärung des Zusammenhangs von Verhalten und Verhaltenskorrektur, induziert durch (wahrgenommene) Marktsignale. Verhaltenswissenschaftliche Theorien aus der Psychologie können diese Verhaltenssequenz unterbrechen, weil sie individuelles Verhalten nicht als Teil wechselseitiger Abstimmung auffassen und damit ihren Erklärungsgegenstand nicht mehr in einem späteren Schritt ausweiten müssen. Witt weist aber selbst an mehreren Stellen darauf hin, daß mit der Behandlung von Koordinationsfragen die enge verhaltenswissenschaftliche Thematik ausgedehnt wird. Dabei dürfte klar sein, daß evolutionsökonomische Verhaltensmodelle nicht mit verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnissen (soweit sie als vorläufig gesichert gelten) kollidieren dürfen.

Im 3. Kapitel, dem verhaltenstheoretischen Grundlagenteil des Buches, werden nach einer kritischen Besprechung soziobiologischer Modelle die kognitiven Einflüsse bei der Erklärung von individuellem Verhalten behandelt. Witt räumt den Kognitionen, mit denen das Individuum seine Wahrnehmungsstrukturen gegenüber Umweltreizen aufbaut, eine entscheidende Rolle im Neuerungsverhalten ein und muß das einfache Reiz-Reaktionsschema des operanten Konditionierungsmodells von Skinner verwerfen. Die Wittsche Ablehnung ist überzeugend begründet, aber man könnte sich in diesen theoriekritischen Passagen fragen, warum Witt nicht abermals auf seine Kriterien an eine evolutorische Theorie rekurriert hat. Es ist nicht einzusehen, warum nur die ökonomische Theorie damit konfrontiert wurde. Mit gleicher Berechtigung ließe sich auch eine evolutorische Verhaltenstheorie fordern, was von vornherein zu einer Zurückweisung mechanistischer Verhaltensmodelle führen muß, in denen die Individuen nicht als Schöpfer von Neuem vorgesehen sind.

Witts Hauptinteresse gilt der Frage, wie ein Individuum zu seinen Präferenzen gelangt und wie es diese verändert. Seine (vorläufige) Antwort darauf lautet, daß sich sowohl aus Vererbungen als auch aus einer Konditionierungsvorgeschichte Präferenzen ergeben, die zu verhaltensrelevanten Gewohnheiten führen. Gleichzeitig intervenieren aber neue Kognitionsstrukturen über Zielerreichungsmöglichkeiten in aktuelle Präferenzformen. Durch das Zusammenspiel von Gewohnheiten, Verhaltensverstärkungen und kognitiven Einflüssen kann sich eine Dynamik der Präferenzenänderung aufbauen.

Ein methodologisches Problem sieht Witt darin, daß die kognitiven Einflüsse nicht intersubjektiv überprüfbar sind und damit ihr Verhaltenseinfluß nicht isoliert untersucht werden kann. Das bedeutet aber nicht, daß ein Reiz-Reaktionsmodell im Sinne Skinners das wissenschaftlich „härtere“ Modell ist, wie Witt nahelegt. Wenn sein Verhaltensmodell korrekt ist, wären auch objektive Reize intersubjektiv nicht störungsfrei zu vermitteln und zu messen, weil sie jedem Individuum nur als gemischtes Ereignis von Reizen und subjektiven Wahrnehmungsstrukturen präsent sind. Nicht nur subjektive Kognitionen, sondern auch „objektive Reize“ dürften dann in einem verhaltenswissenschaftlichen Kontingenzmodell nicht mehr als isolierbare Erklärungsvariable auftauchen.

Ohne weiter auf die hier entstehenden methodologischen Probleme bei der Erforschung kognitiver Strukturen eingehen zu müssen, besteht ein Zwischenergebnis darin, daß eine „innere Quelle“ individueller Neurungstätigkeit lokalisiert wurde, auch wenn deren Ergebnisse unerforschbar bleiben. Das bedeutet einen methodischen Fortschritt gegenüber einem programmatischen Subjektivismus, wie er von der Kirznerschen Schule gefordert wird, worauf Witt deutlicher hätte hinweisen können. In einigen betont skeptischen Passagen besonders des 4. Kapitels sieht Witt wegen der Unmöglichkeit eindeutiger verhaltenswissenschaftlicher Gesetzesaussagen sein Forschungsprogramm am Rande des Scheiterns, weil die gewünschte individualistische Fundierung an die Grenzen der Theoriefähigkeit zu führen scheint. Dieser Skeptizismus dürfte dem bereits erwähnten Umstand zuzuschreiben sein, daß Witt von der Verhaltenstheorie nicht dasselbe wie von der Ökonomie fordert, nämlich eine evolutorische Theorie. Die Nichtverfügbarkeit eindeutiger (i. S. von positiven) Gesetzesaussagen wäre dann nicht weiter verwunderlich und führte nicht automatisch zu einem Theorieverzicht, da eine evolutorische Verhaltenstheorie ebenfalls von offenen Ereignisräumen auszugehen hätte. Die Ausparung der Verhaltenswissenschaften von methodologischer Kritik überrascht etwas, da eine evolutorische Ökonomie kaum mit einer deterministischen Verhaltenstheorie fundiert werden kann.

Im 4. Kapitel versucht Witt, die zuvor gewonnenen Ergebnisse auf wirtschaftliches Verhalten zu übertragen. Es werden ökonomische Beispiele konstruiert und gezeigt, wie ein Individuum im Falle von Kaufentscheidungen seine Informationsaktivitäten verändert und dabei eine Anspruchsdynamik entwickelt. Es nimmt mit der Zeit seine ökonomische Umwelt anders wahr und verändert auch seine Präferenzen, wenn es neue Handlungsmöglichkeiten für sich entwickelt. Die Darstellung bietet eine hilfreiche Illustration der zuvor zügig referierten Erkenntnisse aus dem Bereich der „reinen“ Verhaltenstheorie. Das Buch schließt mit einigen nachdenkenswerten Bemerkungen über die Ratio ökonomischer Entwicklung.

Dem Titel entsprechend wird in der vorliegenden Arbeit nicht eine evolutorische ökonomische Theorie entfaltet; vielmehr wird an ihrer individualistischen Grundlegung gearbeitet. Die ausführliche Behandlung individueller Informationsbeschaffung dürfte sich auch aus einer marktprozeßtheoretischen Perspektive, die Witt an dieser Stelle nicht verfolgt hat, als richtige Schwerpunktsetzung erweisen. Obwohl Witt offenlassen muß, wie eine Integration der von ihm bevorzugten Verhaltensmodelle in eine Marktprozeßtheorie aussehen soll, läßt sich zumindest sagen, daß der individuellen Informationsaktivität und der Kommunikation neu gewonnenen Wissens über den Markt eine prozeßtragende Funktion zukommt. Deshalb ist es wichtig, eine konzeptionelle Vorstellung über individuelle Informationsaktivitäten und deren Dynamik zu besitzen, die aus verhaltenswissenschaftlicher Sicht abgesichert werden kann. Neben den konzeptionellen Überlegungen zur evolutorischen Theorie schließt die Wittsche Arbeit vor allem in dieser Hinsicht eine Lücke. Abschließend sei auf die Klarheit der Präsentation und die Umsicht bei der Transponierung fachfremder Erkenntnisse für ökonomische Fragestellungen hingewiesen. Beides sollte einer größeren Verbreitung in der Fachöffentlichkeit, die aus inhaltlichen Gründen zu wünschen ist, förderlich sein.

G. Wegner, Mannheim

Rose, Richard / Shiratori, Rei (Eds.): *The Welfare State East and West*. Oxford University Press, New York / Oxford 1986. 213 S. £ 25.00.

Der Titel des Buches weckt auf den ersten Blick falsche Erwartungen – zumindest beim deutschen Leser. Es geht nicht um den Wohlfahrtsstaat in „westlichen Industrieländern“ und Ostblockländern, sondern um die unterschiedliche Ausprägung des Wohlfahrtsstaates in „westlichen Industrieländern“ mit ähnlichem materiellem Wohlstand auf drei Kontinenten. Die Idee zu dem Buch wurde, wie die Herausgeber im Vorwort mitteilen, das erste Mal auf einem Kolloquium der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg diskutiert. Diese Diskussion fand im Rahmen des „Forschungsausschusses für Politische Soziologie“ der Internationalen Vereinigung für politische Wissenschaften und der Internationalen Soziologischen Gesellschaft statt. Es folgten drei weitere Konferenzen in Großbritannien und Japan. Jahreszahlen nennen die Herausgeber nicht. Den sieben Beiträgen über sechs Länder (USA, Japan, Großbritannien, Skandinavien, Bundesrepublik Deutschland, Israel) geht eine Einführung von einem der Herausgeber, *Richard Rose*, voraus (S. 13 ff.). Der zweite Herausgeber, *Rei Shiratori*, stellt abschließend Überlegungen zur „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ an (S. 193 ff.).

In dem einleitenden Beitrag von *Rose* (Gemeinsame Ziele, aber unterschiedliche Wege: Der Beitrag des Staates zum „Wohlfahrts-Mix“) wird als Vorteil der folgenden Beiträge herausgestellt (S. 8 f.), daß alle Beiträge auf dieselben drei Fragen zu antworten versuchen, nämlich auf die Frage nach der Natur von Staat und Gesellschaft, nach dem Evolutionsprozeß, der den Wohlfahrtsstaat entstehen ließ, und schließlich nach der Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Diesem Leitfaden folgen die Beiträge in unterschiedlichem Maße. Für Japan gibt es einen zweiten Beitrag zum speziellen Problem der Pensionen (*Yukio Noguchi*, Nicht finanzierbare Pensionsverpflichtungen: Die Japanische Erfahrung (S. 173 ff.)). Israel nimmt eine – deshalb hier nicht näher erörterte – Sonderstellung ein, weil Wohlfahrt in der Gesellschaft „produziert“ wurde, bevor es den Staat Israel gab. Politik zugunsten des Wohlfahrtsstaates bedeutet im wesentlichen Politik der sozialen Integration der benachteiligten ethnischen Gruppen (*Shmuel Eisenstadt*, Das israelische Wohlfahrtssystem – ein Staat mit einer Besonderheit S. 156 ff.).

Roses zentrale Botschaft in seinem einleitenden Beitrag ist die Überzeugung, daß der in allen Industrieländern ähnlich verstandene Wohlfahrtsstaat nur auf unterschiedlichen Wegen, in einer unterschiedlichen Mischung aus Staat, Markt, privaten Organisationen und Verantwortung der Familie erreicht wird. Deshalb sind Sozialausgaben des Staates kein verlässliches Maß für die Wohlfahrt in der Gesellschaft. Die Politiker würden dies zwar glauben, die Neomarxisten behaupteten es sogar (S. 15). *Rose* versucht, in einem einfachen Modell die „Produktion von Wohlfahrt“ nach den Anteilen von Staat, Markt und Familie empirisch zu erfassen (S. 16 ff.). Sein Ergebnis ist, kurz zusammengefaßt, daß die europäische Neigung, Wohlfahrt mit Sozialausgaben des Staates zu verbinden, die Wohlfahrtsleistungen Japans und der Vereinigten Staaten unterschätzt, weil die Leistungen der Familien und der privaten Gruppen schlecht „monetisierbar“ sind. Die Krise des auf staatlichen Wohlfahrtsausgaben beruhenden Wohlfahrtsstaates sei deshalb nicht auch gleichzeitig eine Krise der Wohlfahrt in der Gesellschaft.

Die Beiträge für die einzelnen Länder rechtfertigen zwar die vermutete Tendenz, zeigen aber auch, daß es schwer ist, „Produktion von Wohlfahrt“ durch die Familie oder die privaten Gruppen zu erfassen. So betont zum Beispiel *Glazer* (Wohlfahrt und „Wohlfahrt“ in Amerika, S. 40 ff.) für die Vereinigten Staaten die Bedeutung der Familie und die Abwesenheit einer „sozialistischen Ideologie“ (S. 48 ff.) und das Vor-

herrschen einer „individualistischen Ideologie“. Es bleibt jedoch offen, ob die beobachtete Steigerung der privaten Ausgaben für Gesundheit und Erziehung ein den europäischen Ländern vergleichbares Niveau des Wohlfahrtsstaates entstehen lassen.

In den Beiträgen über Japan wird zwar auf größere Steigerung der Wohlfahrtsausgaben verwiesen als in Europa. Abgesehen von den unterschiedlichen Ausgangsniveaus weist der Autor noch auf einen anderen für Japan wichtigen Umstand hin, der es schwierig macht, Maßstäbe zu finden, um das Wohlfahrtsniveau einzelner Länder zu vergleichen: Der durch Wohlfahrtsausgaben gemessene Staatseinfluß bringt die Rolle des Staates für die Wohlfahrt nur unvollkommen zum Ausdruck, weil die Auswirkungen ordnungspolitischer Maßnahmen des Staates nicht meßbar sind (S. 76). Trotz der Betonung der Rolle von Familie, Unternehmen und privaten Gruppen für die Wohlfahrt der Gesellschaft, beginnt die Darstellung der Entwicklung des japanischen Wohlfahrtsstaates mit der Sozialpolitik der Zentralregierung (*Naomi Maruo*: Die Entwicklung des Wohlfahrts-Mix in Japan, S. 64 ff.). Überzeugend sind dagegen die Belege für das größere Gewicht der japanischen Großfamilie als privates „soziales Netz“. Aber der schnelle Anstieg der staatlichen Sozialausgaben dürfte andeuten, daß sich mit weiterem Wachstum des Wohlstands in der japanischen Gesellschaft – analog Europa – die „Produktion von Wohlfahrt“ von der Familie auf den Staat verlagert. Man könnte sogar sagen, daß dies ein typisches Merkmal wirtschaftlicher Entwicklung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ist. Solange der Mensch bloß als „Produktionsfaktor“ in die marktwirtschaftlichen Kalkulationen eingeht, entsteht die soziale Problematik als eine Art „Umweltproblem“ der wirtschaftlichen Entwicklung. Die sozialen Leistungen werden „externalisiert“. Die „Sozialpolitik“ stellt – insbesondere mit zunehmender Demokratisierung der Gesellschaft – wieder einen sozialen Ausgleich her. Was Japan betrifft, so sorgte die US-Besatzungsmacht nach dem verlorenen Krieg für eine gerechtere Verteilung des japanischen Volkseinkommens. Das folgende schnelle wirtschaftliche Wachstum gab den einzelnen Familien ein größeres Einkommen, das es erlaubte, Wohlfahrt in steigendem Umfang auch über den Markt zu erhalten. Dies wiederum läßt die vorhandene traditionelle „Arbeits- und Sparethik“ neu erstarken (S. 77).

An der britischen Perspektive des Wohlfahrtsstaates (*Richard Rose*: Die Dynamik des Wohlfahrts-Mix in Britannien, S. 80 ff.) scheint am bemerkenswertesten, daß sie einerseits die Bedeutung der individuellen Freiheit und der Familie als Basis für Wohlfahrt in der Gesellschaft betont, andererseits aber auch das Fehlen des kontinentaleuropäischen Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft. Die Bürger empfinden den Staat nicht als Bedrohung. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn Rose's einleitende Grundthese, daß Wohlfahrt in der Gesellschaft aus einer Mischung von Staat, Markt und Familie entsteht, in der Erfahrung mit den englischen Verhältnissen wurzelt. Rose versucht auch zu zeigen, daß die einzelnen Elemente bei der „Produktion von Wohlfahrt“ unterschiedliche Eignung besitzen, um die Bürger mit „Wohlfahrtsgütern“ zu versorgen.

Empirische Anschaulichkeit verdankt der Begriff des Wohlfahrtsstaates den skandinavischen Ländern, insbesondere Schweden. An seinem „Wohlfahrtsstaat“ wird aber auch bereits deutlich, daß der „Wohlfahrtsstaat“ mit seinem starken Netz sozialer Sicherheit in marktwirtschaftlich organisierten Ländern das „ordnungspolitische Problem“, die Frage nach der „Systemüberwindung“ aufwirft. Aus dieser Perspektive gilt Schweden bereits als sozialistische Lösung. Der Beitrag über Skandinavien (*Erik Allardt*: Die bürgerliche Konzeption des Wohlfahrtsstaates in Skandinavien, S. 107 ff.) betont dagegen, daß das Unterscheidungskriterium zu anderen Ländern nicht die Größe des „Nicht-Markt-Sektors“ ist, sondern eher die Art und Weise, wie der Wohlfahrtsstaat organisiert wird. Ausgangspunkte sind nicht vom Markt ver-

nachlässigte „Randgruppen“ (wie im „angelsächsischen Modell“ des Wohlfahrtsstaates), sondern bestimmte Standards der Lebensvorsorge geben dem Bürger einen Rechtsanspruch auf staatliche Fürsorge. Der Leistungsanspruch und die Finanzierung sind unabhängig voneinander. Am deutlichsten kommt dies in der aus Steuermitteln finanzierten „Volksrente“ als Altersversorgung zum Ausdruck. Es gibt selbstverständlich Unterschiede zwischen den einzelnen skandinavischen Ländern.

Besonders interessant für eine Zuordnung entsprechend der Bedeutung des Marktes ist Norwegen. Es kommt dem schwedischen Modell vom Ansatz her am nächsten. Dennoch zeigt sich in Norwegen ein viel größeres Vertrauen gegenüber „marktwirtschaftlicher Produktion von Wohlfahrt“. Als Beispiel dient dem Autor die Vollbeschäftigungspolitik. Sie stützt sich in Norwegen auf Industrie- und Kreditpolitik, in Schweden auf Arbeitsmarktpolitik. Das andere Vertrauensverhältnis zum Staat in den skandinavischen Ländern führt der Autor generell auf die unterschiedlichen historischen Verhältnisse zwischen König, Adel und Bauern zurück. Sie besaßen in Schweden immer Eigenständigkeit und verbündeten sich nicht selten mit dem König (dem Staat) gegen den Adel. Die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Prozessen gab somit auch der demokratischen Entwicklung des Staates bessere Voraussetzungen. Der Wohlfahrtsstaat erscheint in dieser Perspektive deutlich als Ausdruck einer stärkeren bzw. wachsenden Beteiligung aller Bürger am Wohlstand der Gesellschaft. Dieser Aspekt, daß der Wohlfahrtsstaat in den westlichen Industrieländern nicht so sehr in „sozialistischer Gesinnung“ wurzelt, sondern das Ergebnis von demokratischen Prozessen ist, geht in den übrigen Beiträgen etwas unter. Mit Verwirklichung der wichtigsten Wohlfahrtsziele nahm zwar in den skandinavischen Ländern das Engagement für den Wohlfahrtsstaat ab. Es läßt sich aber nach Ansicht des Autors keine Krise des Wohlfahrtsstaats feststellen (S. 122 ff.). Soziale Programme erhalten weiterhin große Bedeutung in der Wählergunst. Mit den Erfolgen des Wohlfahrtsstaates wendet sich das Interesse aber mehr, so wird gefolgert, den Werten der Gesellschaft zu und orientiert sich nicht so stark an bestimmten Zwecken. Darin sieht Allardt eine parallele Entwicklung zur Bundesrepublik.

Der deutsche Berichterstatter (*Wolfgang Zapf*, Entwicklung, Struktur und Entwicklungstendenzen des deutschen Sozialstaates, S. 126 ff.) folgt – abgesehen von Roses eigenem Beitrag über Großbritannien – am konsequentesten den in der Einleitung von Rose herausgestellten drei Fragen und verwendet auch mehr Mühe auf eine theoretische Analyse der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, seiner Mischung aus „Wohlfahrtsproduktion“ durch Staat, Markt und Familie. Als Besonderheit des deutschen Sozialstaates (der Autor ersetzt nicht zufällig Wohlfahrtsstaat durch Sozialstaat) verweist der Autor auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einer Ordnungspolitik als Sozialpolitik zugunsten größerer sozialer Sicherheit und zu besserer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Steigerung des Wohlstands. Die Sozialausgaben gelten deshalb nur als ein Kriterium für die Produktion von Wohlfahrt in der Bundesrepublik (S. 133). Der wesentliche Erfolg dieser Politik zugunsten eines Sozialstaats äußert sich in der beachtlichen politischen Stabilität der Bundesrepublik über alle Krisen hinweg. Ähnlich der Analyse für Skandinavien lautet die Schlußfolgerung, daß es keine „Systemkrise“ des Wohlfahrtsstaats gibt, sondern nur eine „Entwicklungskrise“ (S. 145), weil seine Erfolge andere Perspektiven eröffnen und alte Strukturen als überholt erscheinen lassen. Daraus entstehende Konflikte und Spannungen sind Übergangsprobleme und keine Krisen des Systems, so folgert Zapf. Die Überflußgesellschaft müsse in eine „Wohlfahrtsgesellschaft“ überführt werden. Sie kennzeichnen „wettbewerbliche Demokratie“, eine „gemischte Wirtschaft“ mit besserer Arbeitsteilung zwischen Märkten, Staat, privaten Organisationen und Gruppen sowie mehr Anreizen für Massenkonsum und größere Verantwortung des Staates. Diese Analyse reizt sicher den an den Zukunftsperspektiven der

Sozialen Marktwirtschaft interessierten deutschen Leser zu weitergehenden Überlegungen. Die kurz zu haltende Rezension muß sich jedoch darauf beschränken, lediglich Akzente zu setzen.

Der letzte Beitrag des Bandes über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates vom zweiten Herausgeber *Rei Shiratori* (S. 193 ff.) stützt nochmals die einleitende Perspektive von Rose, daß Wohlfahrt in der Gesellschaft aus einer Mischung von Staat, Markt und Familie entsteht. Diese Mischung ist nicht ein ausschließliches Produkt des „demokratischen Sozialismus“. Großbritannien dient als Beispiel für einen Wohlfahrtsstaat, der gemeinsam von Konservativen, Liberalen sowie Sozialisten geschaffen wurde (S. 196 f.). Die in der deutschen Soziologie schon vor Jahrzehnten prognostizierte „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ in den westlichen Industrieländern dient als Grundlage für die Ableitung einer Krise des Wohlfahrtsstaates in diesen Ländern (S. 202 ff.). Die Wahlerfolge Ronald Reagans in den Vereinigten Staaten und Margaret Thatchers in Großbritannien gelten als Bestätigung einer Entwicklung, in der die immer wohlhabendere Mehrheit der Bevölkerung gegen die Bevormundung und Einkommenskürzung durch den Wohlfahrtsstaat revoltiert. Egoistische Interessen des dominierenden Mittelstands setzen sich durch und werfen die Frage auf – wie der Autor meint –, ob Demokratie diesem Druck der Interessengruppen widerstehen kann (S. 204 f.). Der demokratische Staat erscheint so nicht als Chance, daß auch Minderheiten ihr Wohlergehen durchsetzen können (vgl. die Analyse von *Wolfgang Zapf* für die Bundesrepublik, S. 144 f.), sondern als Gefahr, daß ein wohlhabender egoistischer Mittelstand die Verteilung des Wohlstands zu seinen Gunsten durchsetzt.

Diese Perspektive dürfte sich zu sehr an amerikanischen Verhältnissen und Erfahrungen orientieren, wo es schon eine Sensation darstellt, wenn 50% der Bevölkerung zur Wahl gehen gegenüber 80 bis 90% z.B. in der Bundesrepublik. Andererseits entstand in den demokratischen Prozessen westlicher Industrieländer der Wohlfahrtsstaat nicht als „Große Koalition“ von Liberalen, Konservativen und Sozialisten sondern aus der Bedrohung von Regierungsmacht durch das Stimmgewicht sich benachteiligt fühlender Gruppen der Gesellschaft. Dabei spielt die fortschreitende Demokratisierung für die historische Entwicklung eine entscheidende Rolle. In einer „Klassengesellschaft“ können sich deshalb entsprechende Parteien in der Regierung abwechseln oder allein durch Bedrohung der Regierungsmacht die Regierung zwingen, auch eine Wohlfahrtspolitik zu betreiben, die den eigenen Prinzipien nicht entspricht oder sogar widerspricht. So könnte sich zeigen, daß Margaret Thatcher in Großbritannien zwar ideologisch neue Weichen stellen, aber die Sozialausgaben selbst nicht wesentlich senken konnte.

Sicher muß der Rezensent zugestehen, daß auch seine Perspektive sich zu sehr von den Erfahrungen bzw. von den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik leiten läßt. Hier ist der „soziale Ausgleich“ zwischen den traditionellen Klassen ein wesentlicher Teil des „Stilgedankens der Sozialen Marktwirtschaft“. Die Ausfüllung dieses Stilgedankens durch Sozial- und Wirtschaftspolitik richtete sich nach der Wählergunst. Dabei ließe sich feststellen, daß für die ersten Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung in der Bundesrepublik die „soziale Herausforderung“ eine „konservative Regierung“ zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats veranlaßte, und gerade während der „sozial-liberalen Koalition“ danach die „wirtschaftspolitische Herausforderung“ für die Bundesregierung deutlich wurde. Die „große Wende“ mit der „liberal-konservativen Regierung“ der achtziger Jahre machte den „Umbau des Sozialstaats“, wenn nicht gar den „Abbau des Wohlfahrtsstaats“ zugunsten größerer „gesamtwirtschaftlicher Vernunft“ zum Programm. Die Ergebnisse und der Unmut über die Unentschlossenheit der Politik zeigen, daß die Regierung im demokratischen Staat darauf zu achten hat, daß sie ihre Mehrheit nicht verliert.

R. Blum, Augsburg

England, Catherine / Huertas, Thomas (Eds.): The Financial Services Revolution. Policy Directions for the Future. Kluwer Academic Publishers, Boston / Dordrecht / Lancaster 1988. 361 S. Dfl. 105,- / US \$ 42,00.

Der Titel dieses Buches ist irreführend. Nicht eine „Revolution“ in Finanzmärkten, sondern die vermuteten Kosten staatlicher Regulierung der amerikanischen Banken ist das Thema. Es fragt in drei Teilen nach den historischen Entstehungsbedingungen der staatlichen Regulierung, nach den gegenwärtigen Problemen dieser Regulierung und nach den Zukunftsmöglichkeiten für eine Deregulierung. Mit überwältigender Mehrheit plädieren die Autoren für die verstärkte Fortführung der schon seit 1980 ernsthaft betriebenen Deregulierung. Obwohl sich das Buch fast ausschließlich mit amerikanischen Institutionen beschäftigt – der Bordo-Redish Beitrag über Kanada ist die einzige Ausnahme – dürften die Ausführungen auch für Europäer von Interesse sein. Denn auch hier stehen wichtige Regulierungsfragen an.

Das bis 1980 entwickelte System der Regulierung läßt sich – etwas vereinfacht – in vier Kapitel einteilen:

1. die Rolle der Zentralnotenbank (Federal Reserve System oder FRS) als Regulator (über Mindestreservevorschriften u. ä.) und als Liquiditätsrückhalt des Systems (Lender of Last Resort oder LLR);
2. das Verbot von Filialbanken (Branching);
3. die staatliche Depositenversicherung; und
4. das Verbot des Universalbankentyps.

Bei allen vier Punkten spielt der sog. Dualismus der Regulierung – d. h. die Konkurrenz zwischen dem Bund und den einzelnen Bundesstaaten – eine wichtige Rolle, auf die hier wegen Platzmangels nicht eingegangen werden kann. (Hierzu ist White, Eugene: *The Regulation and Reform of the American Banking System, 1900 - 1929*, Princeton 1983, zu empfehlen.)

Die hier gebotene Geschichte argumentiert, grob zusammengebündelt, folgendermaßen:

Das bis 1980 entwickelte System der Regulierung wurde durch die schwere Bankenkrise der 1930er Jahre geprägt, insbesondere die Beschränkung der Universalbankgeschäfte (Punkt 4) und die Depositenversicherung (Punkt 3). Die Krise selbst wurde (a) vorbereitet durch das Verbot von Filialbanken (Punkt 2), das das Bankensystem anfällig machte (mangelnde Diversifikationschancen für einzelne Banken) und (b) wesentlich verschärft durch das Versagen der Zentralnotenbank (FRS) als Liquiditätsspendener oder LLR (Punkt 1). Wenn die FRS ihre vorgesehene Rolle als LLR gespielt hätte, würden sich die Runs auf einzelne Banken niemals zu einer Systemkrise ausgeweitet haben. Die staatliche Depositenversicherung gilt hier als unglückliche Antwort auf diese Krise, weil (a) Runs hauptsächlich schwache Banken trafen, die man ohne Systemkrise hätte eingehen lassen können, und weil (b) seitdem die Depositenversicherung eine marktgerechte Risikoeinschätzung verhindert und erhebliche soziale Kosten verursacht hat. Sehr wichtig ist die hier vorgestellte Interpretation der „Runs“ auf einzelne Banken und der damit zusammenhängenden Ansteckungsgefahren („Contagion“). Sie scheint einer stärkeren empirischen Untermauerung zu bedürfen und bleibt insofern problematisch. Weniger problematisch ist die Diskussion der Universalbanken bzw. der Trennung zwischen Wertpapier- und Gründungsgeschäften einerseits und „normalen“ laufenden Bankgeschäften andererseits, die 1933 mit dem Glass-Steagall Act gefördert wurde. Banken, die „Universalbankgeschäfte“ vor 1933 betrieben, schnitten in der Krise besser ab als der Durchschnitt, selbst wenn für Unternehmensgröße korrigiert wird (vgl. White). Interessant ist Shugarts Interpreta-

tion des Glass-Steagall Act als Instrument des Schutzes der konservativen spezialisierten Banken vor der Konkurrenz der gemischten Institutionen. Dies paßt sehr gut zu der amerikanischen Regulierungstradition: ein Gesetz zum Schutz privater Interessen im Namen des Schutzes öffentlicher Interessen. Die Argumente für Deregulierung hier sind einleuchtend (insbes. Litan und Huertas).

In einem Punkt kann man wohl nicht von zunehmender Deregulierung sprechen: mit dem Monetary Control Act von 1980 hat man die Macht der FRS gegenüber den einzelnen bundesstaatlichen Behörden erheblich verstärkt, da die FRS Mindestreservvorschriften seitdem für alle Geschäftsbanken (und nicht nur FRS-Mitglieder) gelten können. Wie Toma ausführt, kann jetzt die FRS (wie andere Zentralnotenbanken) selbst Mindestreserven bestimmen, die einer Notengeldsteuer gleich kommen.

Insgesamt ist das Buch als Plädoyer für die Deregulierung konstruiert. Das hat Kosten. Die Argumentation läßt die Nachteile der Regulierung deutlicher hervortreten als deren Vorteile. Nirgends wird der Fall eines vollkommen unregulierten Systems dargestellt, nirgends die Stabilität des Geld- und Bankensystems als öffentliches Gut mit Verwandtschaft zum „Gefangenendilemma“ aufgegriffen. Das „moral hazard“ Problem einer staatlichen Versicherung wird dagegen in mehreren Beiträgen ausführlich erläutert. Diese Struktur ist asymmetrisch. Staatliche Regulierung hat Kosten, aber marktwirtschaftliche „Lösungen“ auch.

R. H. Tilly, Münster